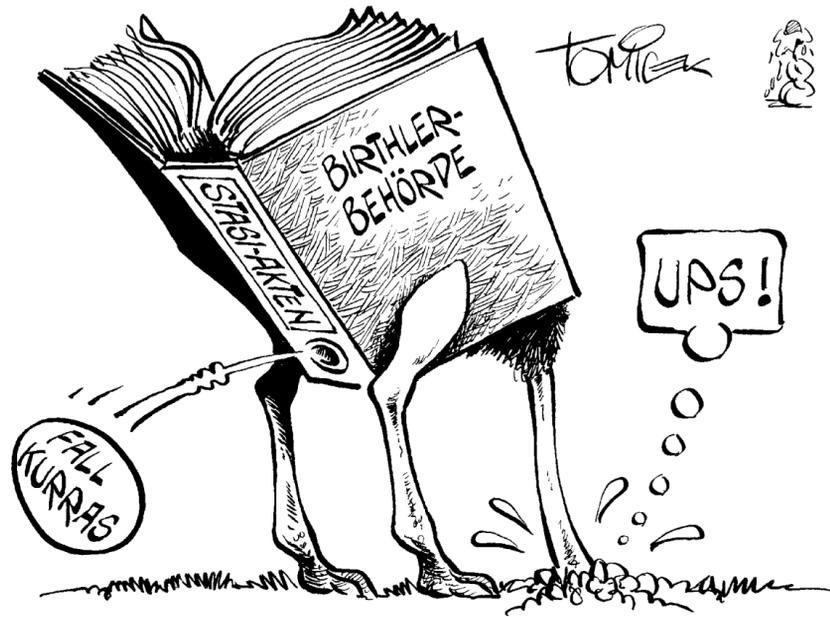


Homo-Ehe-Verbot in Kalifornien

SAN FRANCISCO. Die »Homo-Ehe« bleibt in Kalifornien doch verboten. Der Oberste Gerichtshof des US-Staats entschied gestern gegen eine Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen. Die Verbindungen von rund 18000 homosexuellen Paaren, die ihre Partnerschaft bereits registrieren ließen, bleiben aber gültig. Vor einem Jahr hatte der Supreme Court in San Francisco solche Ehen zugelassen, doch bei einem Referendum während der Präsidentschaftswahl vom 4. November sprachen sich die Wähler mehrheitlich dagegen aus.

Dies wiederum wurde von mehreren Klägern angefochten. Lobbygruppen für Schwule und Lesben machten geltend, bei der Homo-Ehe gehe es um ein Grundrecht, das der Staat gemäß dem Prinzip der Gleichbehandlung aller seiner Bürger schützen müsse. Deshalb hätte das kalifornische Parlament darüber entscheiden müssen, bevor eine Volksabstimmung gerechtfertigt gewesen sei. Die Homo-Ehe ist in den USA in den Staaten Massachusetts und Connecticut schon seit einiger Zeit legal. Iowa, Maine und Vermont folgten in den vergangenen Monaten. **AP**



STRAUSSEN-EI

Ein Hauch von Dramatik um die CSU

Werner Weidenfeld: Parteienforscher hält ein Scheitern der Christsozialen bei der Europawahl für möglich

MÜNCHEN. Der Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) der Universität München Werner Weidenfeld hält ein Scheitern der CSU bei der Euro-Wahl für möglich. Mit ihm sprach unser Münchner Redakteur Ralf Müller.

Herr Prof. Weidenfeld, muss die CSU bei der Europawahl am 7. Juni tatsächlich davor bangen, bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde zu verpassen und damit aus dem Europaparlament zu fliegen?

Verschiedene Faktoren machen der CSU zu schaffen: Der allgemeine Trend des Abschleifens ihres Wählerpotentials wie wir es bei der Landtagswahl erlebt haben, das erstmalige Antreten der Freien Wähler zur Europawahl, deren Potential weitgehend aus dem CSU-Bereich abgeworben ist, und drittes die Probleme bei der Mobilisierung. Der Europawahlkampf ist ja bisher eine ziemlich müde Angelegenheit. Den einzigen Hauch von Dramatik bringt die CSU ein, weil ihr Gesamtchancen in Europa zur Disposition steht.

Was würde denn mit CSU-Chef Seehofer passieren, wenn am 7. Juni wie bei der Landtagswahl ein Desaster eintritt und die Partei den Wiedereinzug ins Europaparlament verfehlen sollte?

Die Europawahl ist eine Art Stimmungstest im Superwahljahr. Wenn es die CSU nicht schafft, ist es eine Fortsetzung ihres großen Dramas. Begrenzt wird dieses Drama aber durch die Tatsache, dass es in einem Superwahljahr stattfindet. Das verbietet in allen Parteien wirklich dra-

matische Eingriffe in diesem Jahr. Das sagt aber nichts über künftige Entwicklungen.

Die CSU muss also an Seehofer erst einmal festhalten, egal wie die Europawahl ausgeht?

Sie hat gar keine Alternative, wenn sie einigermaßen aufrecht in die Bundestagswahl gehen will.

Main-Echo Gespräch

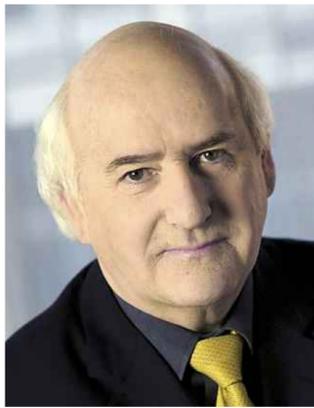
Werden die Freien Wähler zwar der CSU Stimmen wegnehmen können, aber es nicht ins Europaparlament schaffen?

Die CSU führt eine Art »Ja aber«-Europawahlkampf. Sie ist grundsätzlich für Europa, hat aber viel zu kritisieren. Ist das die richtige Strategie?

Taktisch kann man das nachvollziehen. Die CSU hat zwei große Wählerlager in ihrem Zustimmungsfeld: Der Anteil derjenigen, die Europa für besonders wichtig halten, ist im Unionlager besonders hoch. Also muss man denen eine Heimat mit dem grundsätzlichen Ja zu Europa anbieten. Gleichzeitig gibt es Kritik an Details, über die man sich im Alltag mal ärgert. Also liefert die CSU eine Art Europa-Spagat. Völlig anders kann man es gar nicht machen, wenn man einigermaßen erfolgreich sein will.

Sie haben die schwierige Wählermobilisierung schon erwähnt. Wird die Wahlbeteiligung am 7. Juni so katastrophal niedrig wie viele befürchten?

Die Wahlbeteiligung sinkt seit der ersten Europawahl 1979. 2009 kommt noch das Absinken der Wahl-



Parteienforscher Werner Weidenfeld sieht die CSU in der Bredouille. Foto: dpa

beteiligungen ganz generell hinzu. Daher spricht derzeit nichts dafür, dass sich diese Kurve dreht und nach oben zeigt.

Immer noch heißt es, das Europa-Parlament muss man nicht wählen, weil es sowieso nichts zu sagen hat. Stimmt das?

»Der eigentliche Gewinner an Macht war in den letzten Jahren das Europäische Parlament.«

Werner Weidenfeld

Ihm hängt jedoch bis heute noch der Mythos der Machtlosigkeit an. In Wirklichkeit wurde es zu einer Schlüsselinstitution der europäischen Integration. Wir haben eine

Art Zwei-Kammer-System in Europa, die eine ist das Parlament, die andere der Ministerrat.

Der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Europa ohne den Euro in der gegenwärtigen Finanzkrise unter die Räder gekommen wäre. Sehen Sie das auch so?

Das ist ein anschauliches Beispiel. In der globalen Finanzkrise hat Europa die richtige Größe, um mitzuwirken. Jeder Einzelstaat wäre nur ein kleines Spielbällchen. Kein einziger Staat richtet da allein etwas aus. Oder die große Sicherheitsbedrohung durch einen hochprofessionellen Terrorismus, die für den einzelnen Staat nicht zu bewältigen ist. Und auch beim großen Thema Klimawandel kann nur Europa etwas bewegen. Im Erklärungs- und Deutungsangebot der Politik ist das alles so nicht vorgekommen, deshalb bewegt sich dieses Europa stimmungsmäßig in einem gewissen Desaster ohne dass es auf der Kippe stehen würde.

Verliert sich Europa in zu viele Details und verliert das große Ganze aus den Augen?

Das ist ein Problem der Politik insgesamt. Die Politik treibt einen zu geringen Aufwand, die Sachverhalte ganz elementar zu erklären. Die Politik erschöpft sich in einem hektischen Aktivismus, der ständig irgendetwas regelt, klärt, entscheidet, ohne es den Menschen plausibel zu machen und sie dabei mitzunehmen. Diese Art von Aktivismus ist auch heute in der Politik dominant. Das ist nicht spezifisch europäisch.

Kommentar

Brenzlig und skurril zugleich

Rudi Wais über Begehrlichkeiten der Wirtschaft



Im Kaufhaus des Westens kämpfen 1600 Beschäftigte mit ungewöhnlichen Mitteln um ihre Arbeitsplätze. Auf den Ladentheken des Berliner Luxustempels haben sie Unterschriftenlisten ausgelegt, auf denen Besucher des KaDeWe freundlich um Hilfe gebeten werden. Je mehr Kunden unterschreiben, so hoffen die Belegschaft und ihre Gewerkschaft, umso wahrscheinlicher wird eine staatliche Überlebensgarantie für den klammen Mutterkonzern Arcandor.

Die Lage ist brenzlig – und skurril zugleich. Ausgerechnet das noble Kaufhaus des Westens, seit Jahrzehnten ein Symbol für den lustvollen, unbeschwerten Kapitalismus, buhlt um öffentliche Fürsorge. Und das, schlimm genug, mit allzu verständlichen Argumenten: Wenn der Bund sich schon an Banken beteiligt, mit Milliarden für Opel bürgt und Bauern mit Steuerrabatten aus der Not hilft – kann er dann nicht auch Kaufhäuser retten?

Natürlich hätte keine Verkäuferin bei Karstadt und kein Wachmann im KaDeWe Verständnis dafür, wenn die Regierung ausgerechnet seinem Unternehmen die Unterstützung verweigert. Die Chuzpe jedoch, mit der dessen Vorstand einen staatlichen Kredit über 200 Millionen Euro und eine Bürgschaft über 650 Millionen einfordert, ist bislang ohne Beispiel.

Noch ist ja nicht einmal erwiesen, ob der Essener Mischkonzern überhaupt die Kriterien erfüllt, an die der Bund sein Engagement knüpft: Danach erhalten nur solche Unternehmen staatliche Hilfe, die vor dem Ausbruch der Krise im Sommer 2008 wirtschaftlich noch gesund waren.

Für einen Management in Not ist der Rettungsschirm, den der Staat über der deutschen Wirtschaft gespannt hat, ein bequemer Unterschlupf. Entsprechend groß ist offenbar auch in Essen die Versuchung, sich möglichst rasch unter diesen Schirm zu flüchten anstatt mit Konkurrenten über Fusionen zu verhandeln oder Teile des Unternehmens zu verkaufen. Für das KaDeWe, zum Beispiel, fände Arcandor-Chef Karl-Gerhard Eick problemlos einen neuen Eigner.

Die Koalition spielt deshalb aus guten Gründen auf Zeit. Bei Opel geht die Bundesregierung mit den avisierten Sicherheiten schon an die Grenzen des Zulässigen – bei Arcandor würde sie diese vermutlich überschreiten, weil der Steuerzahler dort für Probleme gerade stehen müsste, die das Unternehmen bereits vor der Krise hatte.

Vereinfacht gesagt: Im Zeitalter der großen gläsernen Einkaufszentren sind die guten alten Kaufhäuser etwas aus der Mode gekommen. Mag sein, dass die Krise diesen Prozess auf dramatische Art beschleunigt. Stoppen kann ihn auch eine staatliche Bürgschaft nicht.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

Zu Unrecht in der Kritik

Martin Ferber zur Arbeit der Birthler-Behörde



Akten, Akten, nichts als Akten. Milliarden Blätter Papier über Millionen von Menschen. Aneinandergereiht 180 Kilometer lang. Man muss sich diese Zahlen vergegenwärtigen, um die massive Kritik an der Stasi-Unterlagenbehörde wegen des Falles Kurras als das zu werten, was sie ist: Polemisch und bar jeder Realität.

Dass die Akte des Mörders von Benno Ohnesorg nur durch Zufall gefunden wurde, ist kein Wunder, bislang hat nie jemand nach ihr gesucht. Zu Wort melden sich die üblichen Kritiker, die am liebsten die Birthler-Behörde ganz abschaffen und ihre Bestände dem Bundesarchiv übergeben wollen. Nur, was würde dadurch besser

werden? Nichts. Primäre Aufgabe der Birthler-Behörde ist es unverändert, den Opfern des SED-Regimes Einsicht in ihre Akte zu gewähren. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ebbt diese Anträge nicht ab. Die Betroffenen benötigen die Akten für Rehabilitationsverfahren oder zur Beantragung einer Opferrente. Das hat absolute Priorität, das kann das Bundesarchiv erst gar nicht leisten, weil es völlig andere Aufgaben hat und nach anderen Kriterien arbeitet.

Wer will, dass die Birthler-Behörde noch intensiver forscht, darf ihr daher nicht die Stellen streichen, sondern muss sie mit zusätzlichem Personal ausstatten und sie in die Lage zu versetzen, die Millionen Akten auch auszuwerten. Wer forscht, der findet.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

Internationale Pressestimmen

Zu Nordkoreas Atomtest

»Neue Zürcher Zeitung«: »Der kranke Diktator Nordkoreas versucht den Druck auf die neue Administration in Washington mit allen Mitteln zu erhöhen. (...) Mit einem weichen Präsidenten in den USA hofft er wohl auf noch leichteres Spiel als bisher.«

»Nepszava« (Budapest): »Der Zynismus dieses steinzeitlich-stalinistischen Regimes ist unüberbietbar: Man lässt die Menschen massenhaft umkommen, wenn es den Interessen der politischen Machtelite dient. Das Regime kann nur überleben, indem es Feinde kreiert und die Menschen ständig in Angst und Schrecken hält.«

»The Times« (London): »Normalerweise kann man Schurkenstaaten mit einer Diplomatie begegnen, die durch eine Androhung von Gewalt flankiert wird. Aber dieser Ansatz setzt voraus, dass der Gegner wenigstens ein klein wenig vernünftig ist oder das Risiko scheut. Das sind aber nicht die Wesenszüge der nordkoreanischen Führung.«

»Kurier« (Wien): »Sanktionen? Damit lebt das kommunistische Nordkorea seit fünf Jahrzehnten. Seine Bevölkerung leidet Not, Kims Kamarilla hingegen beschafft sich ihre Embargo-belegten Güter trotzdem.«

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei: Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10 07 48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21 / 39 60, Telefax 0 60 21 / 39 64 99, www.main-netz.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Reinhard Golembiewski; Chefredaktion: Claus Morhart, Martin Schwarzkopf (stv., Chef vom Dienst); Regionalredaktion: Gabriele Fleckenstein (leitende Redakteure: Peter Freudenberger, Thomas Jungeweller, Barbara Löffel); Politik und Wirtschaft: Renate Englert (leitende Redakteure: Martin Flenner, Manfred Petz); Kultur: Stefan Reis (Jürgen Overhoff, stv.); Sport: Günter Ruppel (komm.); verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Fressow, Werner Naumann (sämtlich in Aschaffenburg, Weichertstraße 20). Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 55 vom 1. 1. 2009.

Bezugspreis bei Trägerzustellung 23,70 Euro, bei Postzustellung 26,50 Euro (jeweils einschl. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss.

Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 0 30 / 28 49 30.

Bundesdeutscher Geburtenknick dank Elterngeld?

Familienpolitik: Koppelung von Geldleistungen an Arbeitsmarktbeiträge der Eltern ist in einer Wirtschaftskrise riskant

Von Kostas Petropoulos

Die Nachricht vom Rückgang der Geburtenzahlen im Jahr 2008 war für die Bundesfamilienministerin eine böse Überraschung. Sollte die Familienoffensive aus Elterngeld und Krippenausbau bereits verpufft sein? Fachleute sind der Ministerin mittlerweile hilfebereit zur Seite gesprungen.

Die Geburtenzahlen seien zwar im letzten Jahr wieder gesunken, die Geburtenrate, also die Zahl der Babys pro Frau, sei aber stabil geblieben. Grund dafür sei die demographische Entwicklung: Die Zahl der Frauen, die überhaupt noch Kinder bekommen können, wird immer kleiner. Die höhere Geburtenrate ab 2007 sei daher eindeutig ein Erfolg des Elterngeldes.

Mit etwas mehr Abstand zur Regierung fällt das Urteil weitaus weniger freundlich aus. Nach größeren familienpolitischen Maßnahmen gibt es in der Regel immer Effekte bei den jungen Paaren zu beobachten. Die waren aber bislang nie von Dauer. Und mit einer Steigerung der Geburtenrate im vermeintlichen Erfolgsjahr 2007 um

statistisch 0,04 Kinder pro Frau ist der Elterngeld-Effekt ernüchternd gering. Andererseits verstärkt das Elterngeld gesellschaftliche Trends, die eher neue Probleme schaffen, als bestehende zu lösen.

Beispielsweise hält die Ministerin es sich zugute, dass mit dem Elterngeld vor allem Frauen im Alter von 33 bis 37 Jahren wieder mehr Kinder bekommen. Tatsächlich ist das Elterngeld ein Anreiz, die Geburt von Kindern auf die Zeit nach der oft langwierigen Etablierung im Beruf zu verschieben.

Dann fällt nämlich das Elterngeld am höchsten aus, da es vom vorher verdienten Einkommen abhängig ist. Genau dies verstärkt jedoch den anhaltenden Trend zur immer späteren Mutterschaft. Damit erhöht sich auch das Risiko dauerhafter Kinderlosigkeit.

Das Elterngeld verstärkt noch einen weiteren bedenklichen Trend: Seit Ende der 90er-Jahre ist die vergleichsweise hohe Geburtenrate in den ländlichen Regionen Westdeutschlands kräftig gesunken. Selbst die Einführung des

Elterngeldes ist in diesen Gebieten ohne jeden Effekt auf die Geburtenrate geblieben. Der Grund: Das Elterngeld belohnt Doppelverdiener-Paare und benachteiligt Alleinverdiener-Familien. Und genau die dominierten bislang in den ländlichen Regionen des Westens.

Dieses Alleinverdiener-Modell ist aber seit der Jahrtausendwende von der Politik faktisch zum Auslaufmodell erklärt worden. Stattdessen wird das Leitbild der doppel-vollzeiterwerbstätigen Elternschaft propagiert und familienpolitisch besonders gefördert. Das zeigt sich ganz exemplarisch beim Elterngeld. Für die Alleinverdiener bedeutet es eine klare Verschlechterung gegenüber dem abgeschafften Erziehungsgeld.

Die verstärkte Koppelung familienpolitischer Leistungen an die Arbeitsmarktbeiträge der Eltern ist freilich riskant. Gerade in einer Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit schwindet damit für immer mehr junge Paare die wirtschaftliche Basis, die es ihnen erlaubt, eine Familie zu gründen.

Politisches Feuilleton